

Der Landrat verwies auf die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 11.12.2018 sowie auf die nachgereichte Korrespondenz mit den Verbänden der Krankenkassen. Weiter schlug er vor, dass der Beschlussvorschlag wie in den vorherigen Sitzungen mit der Ergänzung „nach dem jetzigen Kenntnisstand“ ergänzt werde.

Abg. Otter sagte, seine Fraktion werde den Beschlussvorschlag aufgrund der seinerzeit durchgeführten Ausschreibung ablehnen, da es ein wesentlicher Kostenverursacher sei. Seine Fraktion habe sich bereits damals gegen die Ausschreibung ausgesprochen. Man sei nicht bereit, den Fehler der Verwaltung zu korrigieren.

Abg. Skoda sagte, seine Fraktion habe sich bei der Beschlussfassung in den Fachausschüssen mit der Hoffnung enthalten, dass bis zur heutigen Sitzung des Kreistages die Angelegenheit mit den Kostenträgern geklärt werden könne. Das sei bis heute offensichtlich nicht gelungen, da die Kassen sich wehren, die vom Kreis kalkulierten Gebühren zu tragen. Seine Fraktion werde dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Abg. Steiner erwiderte hinsichtlich des Redebeitrages des Abg. Otter, dass man mit einer Verweigerung zur Gebührenerhöhung den Hilfsorganisationen die Mittel für ihre Kostenabdeckung vorenthalte. Abg. Otter sagte, das sei nicht korrekt, da diese Kosten die Kassen oder der Kreis zahlen müsse.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.